Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gemeinschaftsdiagnose: Investitionsprognose jetzt realistischer, aber lernen tun sie nicht
2. Einzelhandel erneut mit Umsatzrückgang – ohne Besserung
3. Warum jetzt?
4. Trumps Verrat
5. Trump will Hormus-Koalition, sonst Ukraine-Waffenstopp
6. Der Krieg gegen den Iran: Ein Wendepunkt für Teheran und die internationale Ordnung
7. Können wir bitte endlich aufhören, Israel als die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ zu bezeichnen?
8. Kriegswirtschaft an der Havel
9. Butscha: Die Propaganda wird nicht besser
10. Der übergriffige Mensch
11. Kalkulierter Rechtsbruch. Warum Unternehmen Arbeitsrechte systematisch verletzen (können)
12. Kinder immer öfter wegen psychischer Probleme im Krankenhaus
13. Kampagne der Spalter
14. SPD stürzt auf Rekordtief ab – Klingbeil und Bas im freien Fall
15. Zu guter Letzt: Menschenrechtlicher Fortschritt in Israel: Palästinenser erhalten künftig Todesurteil, bevor sie umgebracht werden

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gemeinschaftsdiagnose: Investitionsprognose jetzt realistischer, aber lernen tun sie nicht**
   Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben eine lange und unrühmliche Geschichte in Sachen Investitionen vorzuweisen, wie ich viele Male in den letzten Jahren und zuletzt im September vergangenen Jahres hier gezeigt habe. In der Prognose, die heute erschien, haben sie nun gemerkt, wie weit sie im Herbst danebenlagen. Wurde vor einem halben Jahr noch erwartet, dass die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen in diesem Jahr um 3,9 Prozent zulegen, fällt die Prognose jetzt mit 0,5 Prozent doch erheblich geringer aus (Abbildung). Und das hat nicht viel mit der aktuellen Krise zu tun, weil alle aussagekräftigen Indikatoren auch schon im Januar und Februar eine fortgesetzte konjunkturelle Schwäche angezeigt haben.
   Quelle: Relevante Ökonomik

   dazu auch: **Inflation, Teil I: Was sie eigentlich ist – Und was die Dauerdiskussion darüber meistens übersieht**
   Die Ölpreise steigen, und die Inflation erscheint auf jeder Titelseite. Die Zentralbanken zögern, und irgendwer warnt immer vor dem Schlimmsten. Regierungen geben Geld aus, und die Warnungen potenzieren sich. Dann ebbt der Zyklus ab. Dieselben Grundfragen stehen, wie zuvor, unbeantwortet da. Was Inflation eigentlich ist. Warum es sie gibt. Warum Zentralbanken so oft danebenliegen. Und warum wir keine Nullinflation wollen.
   Quelle: Relevante Ökonomik

2. **Einzelhandel erneut mit Umsatzrückgang – ohne Besserung**
   Schwache Nachfrage, steigende Preise und wachsende Unsicherheit bremsen den deutschen Einzelhandel aus. Statt der erhofften Belebung setzen sich zu Jahresbeginn die Verluste fort.
   Der deutsche Einzelhandel kommt in diesem Jahr nicht richtig in Schwung. Der Umsatz fiel im Februar um 0,7 Prozent geringer aus als im Januar, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Inflationsbereinigt (real) gab es einen Rückgang von 0,6 Prozent, der auf ein Minus von 1,1 Prozent im Januar folgt. Das kommt überraschend: Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten diesmal mit einem realen Wachstum von 0,2 Prozent gerechnet.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die Binnenkonjunktur liegt völlig am Boden; auch die Gastronomie leidet enorm. Insolvenzen und Geschäftsaufgaben sind an der Tagesordnung. Die Gründe sind klar: besonders schlechte Entwicklung der Nominal-*

und Reallöhne, Fixierung auf Export und Außenhandelsüberschüsse, hohe Mieten und hohe Energiekosten. Aktuell kommt der Irankrieg obendrauf. Und was fällt der Regierung zur Besserung der Situation ein? "Reformen" à la Mehrwertsteuererhöhung, Abschaffung von Ehegattensplittung und kostenfreier Mitversicherung, Erhöhung des Renteneintrittsalters… Lauter Maßnahmen, die die Binnenwirtschaft einmal mehr hart treffen und die Arbeitslosigkeit erhöhen werden. Die Zerstörung der deutschen Volkswirtschaft ist gewollt; unbeabsichtigt kann das nicht passieren, denn jeder weiß, dass Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen die Nachfrage weiter ramponieren.

3. **Warum jetzt?**
   Eine Frau macht seit Jahren darauf aufmerksam, dass gefälschte Porno-Aufnahmen von ihr im Internet in den Umlauf gebracht werden. Dann beschuldigt sie ihren Ex-Mann, Urheber und Verbreiter dieser Bilder zu sein. „Du hast mich virtuell vergewaltigt", schreit die Schlagzeile. Die Empörung ist groß, die mediale Welle auch, ebenso die Solidaritätserklärungen und die Aussagen aus der Politik, dass Frauen doch nun endlich besser geschützt gehören. Die Frau heißt Collien und der beschuldigte Mann Christian.
   In der Bundestagsdebatte äußert sich dann selbst der Kanzler zu Gewalt gegen Frauen: „Ein beachtlicher Teil der Gewalt kommt aus der Gruppe der Zuwanderer."
   Nochmal: In dem Fall, an dem sich gerade alle abarbeiten, heißt der Beschuldigte Christian. Nicht Mustafa. Und die Aussage des Kanzlers (der als Abgeordneter dagegen gestimmt hat, Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen) bedient sich der prinzipiellen Funktion des Rassismus: Finde einen Sündenbock, spalte, herrsche.
   Quelle: unsere zeit
4. **Trumps Verrat**
   Er wollte die endlosen Kriege der USA beenden, wollte ein Friedenspräsident sein, doch der Wahlkampf ist längst vorbei, und der 47. Präsident der Vereinigten Staaten hat sich als feuchter Traum der neokonservativen Falken entpuppt.
   Vor etwas mehr als einem Jahr trat Donald Trump seine zweite Amtszeit an. Damals gingen wohl die meisten davon aus, er sei kriegsmüder als seine Kontrahentin Kamala Harris. Schließlich hatte er im Wahlkampf vielfach betont, er werde dem ewigen Interventionismus der Vereinigten Staaten ein Ende setzen. Auch die ersten Monate waren noch halbwegs geprägt von dem Vorhaben, sich selbst als Friedenspräsident zu profilieren. Schließlich winkte damals auch noch der Friedensnobelpreis. Heute ist davon kaum noch etwas übrig. Die Angriffe auf den Iran lassen daran keinen Zweifel zu. Wer ihm damals geglaubt hatte, fühlt sich heute möglicherweise hilflos angesichts der Erkenntnis, dass selbst jemand, der das völlige Gegenteil propagiert, im

Zweifelsfall Kriege beginnt und fortführt. So berechtigt dieses Gefühl auch ist, darf nicht vergessen werden, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, sich zur Wehr zu setzen, die bisher unerprobt blieben.
Quelle: Manova

5. **Trump will Hormus-Koalition, sonst Ukraine-Waffenstopp**
   US-Präsident Donald Trump hat heute gedroht, die US-Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, falls sich Europa nicht einer „Koalition der Willigen" zur Wiedereröffnung der Straße von Hormus anschließe. Das berichtete die „Financial Times" unter Berufung auf informierte Kreise.
   Dem Bericht zufolge drohte Trump, die Lieferungen an PURL, die von europäischen Ländern finanzierte NATO-Initiative zur Waffenbeschaffung für die Ukraine, einzustellen.
   Quelle: ORF

   dazu auch: **Spaltpilz Ukraine**
   Die Interessen zwischen Westeuropa und den USA laufen auseinander. Die USA haben sich im Iran auf ein Abenteuer eingelassen, aus dem sie nicht als Sieger hervorgehen können. Sie verlangen die Unterstützung der NATO.
   Die Westeuropäer verweigern die Unterstützung bisher und konzentrieren sich auf die Ukraine. Ihr Ziel bleibt, Druck auf Russland ausüben, um so Einfluss auf den Verlauf des Konflikts zu nehmen. Obwohl das bisher nicht gelang, hält die EU an diesem Konzept fest. Auf dem Treffen der G7-Außenminister kam es daher zwischen US-Außenminister Marco Rubio und der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas zum offenen Schlagabtausch. Rubio soll gegenüber Kallas die Stimme erhoben und gedroht haben, dass sich die USA als Vermittler zurückziehen.
   Die EU hat bisher kein eigenes Konzept vorgelegt, das den Krieg in der Ukraine beenden könnte. In Brüssel glaubt man, man sei in der Position, Russland Bedingungen stellen zu können.
   Quelle: Gert Ewen Ungar auf unsere zeit

6. **Der Krieg gegen den Iran: Ein Wendepunkt für Teheran und die internationale Ordnung**
   Inwiefern verändert dieser Krieg die Islamische Republik, deckt die Doppelmoral der internationalen Ordnung auf und verdeutlicht zivilisatorische Konflikte?
   Falls die kluge Kriegsstrategie des Iran Erfolg haben und dazu führen sollte, den Oligarchen und Kriegstreibern in Ost und West ihre finanziellen und militärischen Ausbeutungswerkzeuge aus der Hand zu nehmen und zu zerschlagen, so sind dennoch Zweifel daran angebracht, dass danach eine friedlichere Welt die Folge sein wird. Das

falsche mittelalterliche Menschenbild von Gut und Böse, von Himmel und Hölle, ist im unbewussten Fühlen und Denken der meisten Menschen trotz Aufklärung und Revolutionen fest verankert. Der GLAUBE an ein höheres Wesen, an Schicksal und Wunder ist nicht überwunden. Das divide et impera, dessen Folge es unter anderem ist, mit Hilfe eines aufgezwungenen fremden Feindbildes neue Machtstrukturen zu entwickeln und zu etablieren, wird durch einen iranischen Sieg nicht verschwinden.
Quelle: Seniora.org

7. **Können wir bitte endlich aufhören, Israel als die „einzige Demokratie im Nahen Osten" zu bezeichnen?**
Der Mord an drei libanesischen Journalisten hebt den Krieg zwischen den USA und Israel und dem Iran auf eine neue Ebene der Verkommenheit und Verzweiflung. Doch Journalisten tragen die Schuld daran.
Es ist schwer zu begreifen, was an der Nachricht vom Tod dreier libanesischer Journalisten durch die israelische Armee während ihrer Arbeit schockierender ist: der Mord selbst oder das Schweigen der westlichen Medien, die sowohl die Morde an Journalisten als auch deren Berichterstattung unterstützen.
Israel übt seit Langem einen außerordentlichen Einfluss auf die westlichen Medien aus, die weitgehend als PR-Plattform für seine Ziele fungieren. Journalisten dürfen nicht nach Gaza einreisen und sind daher gezwungen, sich in einer Art Stockholm-Syndrom-ähnlicher Arbeitsbeziehung mit der Pressestelle der israelischen Armee (IDF) zu begeben. Diese liefert ihnen verzerrte „Fakten" über die Lage vor Ort, verschweigt wichtige Informationen und füttert sie in manchen Fällen sogar mit Falschmeldungen.
Quelle: Antikrieg

dazu auch: **Zerstörung, Vertreibung, Besatzung**
Mit einer begrenzten Operation habe das Vorgehen Israels im Libanon nichts zu tun. Es handle sich um eine „Invasion". Das sagte der libanesische Kulturminister Ghassan Salamé am Freitag in der Euronews-Flaggschiffsendung „Europe Today". Die Pläne Tel Avivs, eine Pufferzone südlich des Litani-Flusses einzurichten, stellten aller Wahrscheinlichkeit nach einen langfristigen territorialen Eingriff dar. Ganze Dörfer würden zerstört, um Bedingungen zu schaffen, die eine Rückkehr der Zivilbevölkerung unmöglich machten. Selbst die prowestliche libanesische Regierung sieht sich gezwungen, neue Töne anzuschlagen: Israel verletze massiv die Souveränität des Libanon, heißt es. Man werde eine Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat einlegen.
Quelle: unsere zeit

8. **Kriegswirtschaft an der Havel**
Wie viele andere Kommunen ist auch die Stadt Brandenburg an der Havel finanziell

nicht gerade auf Rosen gebettet. Für das laufende Jahr plant sie mit einem Minus von mehr als 30 Millionen Euro im städtischen Haushalt. Und wie viele andere Kommunen versucht Brandenburg an der Havel, ein Stück vom großen Rüstungskuchen abzubekommen. Wenn sonst nichts mehr finanziert wird, wirken die Milliarden aus den Kriegskrediten besonders verlockend, um kommunale Handlungsfähigkeit zumindest zu simulieren. Dennoch sticht die Begeisterung heraus, mit der der erst kürzlich vereidigte Oberbürgermeister Daniel Keip (SPD) auf die Kooperation des Maschinenbauers Heidelberger Druckmaschinen AG mit dem US-israelischen Rüstungskonzern Ondas reagierte.
Quelle: unsere zeit

9. **Butscha: Die Propaganda wird nicht besser**
Früher ging das schneller, wenn solche Geschichten erzählt wurden. Die Brutkastenlüge hielt sich vom Oktober 1990 bis zum Januar 1992, dann hat sie dann selbst die New York Times platzen lassen. Auch die berühmte Szene mit Colin Powell und dem Babypuder hatte eine Haltbarkeit von zwei Jahren; dann gab es den Abschlussbericht der Irak Survey Group, der für alle sichtbar machte, dass im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden.
Aber Butscha ist heute bereits vier Jahre alt, und nach wie vor wird es erzählt wie am ersten Tag. Außenminister Johann Wadephul hielt es für nötig, nicht nur in den Kiewer Vorort zu reisen, um sich dort zusammen mit den anderen EU-Außenministern für ein Gedenkbildchen aufzustellen, nein, er verfasste auch noch mit Schaum vor dem Mund einen Kommentar auf X.
Butscha sei “unter der Besatzung Russlands … zur Hölle auf Erden” geworden. “Wohin auch immer Putins Russland geht, es bringt Kriegsverbrechen und Barbarei”. Da wird ordentlich aufs Gefühl gedrückt. Was auch die Tagesschau nachvollzieht und gleich zum Jahrestag der “Befreiung von Butscha” von “Augen öffnen für die Gräueltaten” titelt. Es muss eben nachgelegt werden, sonst verschwindet womöglich noch die Erinnerung, angesichts all des neuen Elends – selbst wenn das meiste davon, sei es die Schrecken im Gazastreifen oder der Mord an den iranischen Mädchen, auch in Deutschland kaum erwähnt wird.
Was aber wirklich eigenartig ist am Bericht der Tagesschau, ist ein Bild, das zu sehen ist: eine Mauer mit vielen Namen. Namen sind genau das, was die Ukraine nie herausgerückt hat. Eine Liste der angeblich von russischen Truppen Ermordeten hat sie seit 2022 verweigert. Dabei wäre der erste erforderliche Schritt einer neutralen Klärung, herauszufinden, um wen es sich jeweils gehandelt hat.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

10. **Der übergriffige Mensch**
Penetrant wird dem Wal hinterhergestiegen. Wenn es um Empathie für leidende Tiere

geht, wäre ein Besuch in einem Schlachthof empfehlenswerter. […]
Am „Wal-Drama“ lässt sich das übergriffige Wesen des Menschen gegenüber Tieren eindrucksvoll studieren: Der Mensch weiß angeblich am besten, was für ein (Säuge)-Tier gut ist, das keinem gehört, sondern in der Natur lebt. Ein kranker Wal liegt auf einer Sandbank, dann kommen selbsternannte menschliche Retter mit Helfersyndrom mit einem Bagger an, um ihm den Weg in die Freiheit zu ebnen. Eine Nacht später liegt der Wal wieder auf einer Sandbank. Kann es sein, dass sich der kranke Wal zum Sterben zurückzieht – und mit einem offensichtlich nicht mehr funktionierenden Navigationssystem ohnehin keine Überlebenschance hat? Oder, abstrakter formuliert, ist es nicht einfach der Kreislauf der Natur? Gestorben wird in der Tierwelt ständig, ohne dass der Mensch Notiz davon nimmt.
Quelle: taz

11. **Kalkulierter Rechtsbruch. Warum Unternehmen Arbeitsrechte systematisch verletzen (können)**
Der Artikel analysiert, warum Unternehmen in Deutschland sich entscheiden, Arbeitsrechte zu verletzen – und warum sie dies tun können. Empirische Grundlage sind qualitative Interviews mit Arbeitsrechtsberatungsstellen. Unter Rückgriff auf rechtssoziologische Perspektiven und Forschungsarbeiten zur Unternehmensdelinquenz werden vier zentrale Problembereiche identifiziert, die aus Sicht der Beratungsstellen Arbeitsrechtsverletzungen begünstigen: 1) der unternehmerische Nutzen der Rechtsverletzungen, 2) normative Orientierungen der Unternehmen, die in Konflikt zum Arbeitsrecht stehen, 3) die in der Regel ausbleibende Rechtsmobilisierung durch Beschäftigte und 4) dass Unternehmen, die Arbeitsrechte verletzen, überwiegend keine Sanktionen zu befürchten haben. Rechtsdurchsetzung in der Arbeitswelt erscheint vor diesem Hintergrund als Resultat von Konfliktaushandlungen zwischen Kapital und Arbeit in asymmetrischen Kräfteverhältnissen.
Quelle: WSI
12. **Kinder immer öfter wegen psychischer Probleme im Krankenhaus**
Psychische Erkrankungen waren 2024 der häufigste Grund für Klinkkaufenthalte von Kindern und Jugendlichen – mehr als in Jahren zuvor. Ursache waren besonders häufig Depressionen.
Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen waren 2024 die häufigste Ursache für stationäre Behandlungen von Kindern und Jugendlichen. Fast ein Fünftel (18,9 Prozent) aller stationär im Krankenhaus behandelter Patientinnen und Patienten zwischen 10 und 19 Jahren sei dort wegen einer solchen Erkrankung gewesen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Das waren demnach rund 116.300 Menschen.
Im Vergleich zu 2023 stieg die Zahl der aufgrund psychischer Erkrankungen und

Verhaltensstörungen im Krankenhaus behandelten jungen Menschen demnach um 3,4 Prozent.
Quelle: ZDF

Anmerkung unseres Lesers W.K.: *Soso, es gibt also einen Anstieg der psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 19 Jahren. Ja, Potzblitz! Wie konnte denn das passieren? Denken wir mal kurz zurück, wie alt die Kinder 2020 waren, die 2014 zwischen 10 und 19 waren. Na, fällt der Groschen? Erinnern wir uns, was man ihnen alles geraubt hat? Wie man sie gequält hat? Wie man sie als potentielle Mörder ihrer Großeltern verängstigt hat? Wie sie von der Politik, von ihren Lehrern und oft auch von ihren eigenen Eltern unter enormen Druck gesetzt wurden, damit sie sich als Versuchskaninchen für experimentelle Injektionen missbrauchen ließen? Wie man ihnen Freunde, Freizeit, Abenteuer und die erste Liebe vorenthalten hat? Aber nein, da kann es ja ganz bestimmt überhaupt keinen Zusammenhang geben, denn "wir sind ja gut durch die Pandemie gekommen". Nicht wahr, Herr Lauterbach & Co? Das muss man sich nur immer und immer wieder einreden, dann wird es bestimmt irgendwann auch wahr. Und wer vor 6 Jahren vor genau diesen Folgen gewarnt hat oder wer heute etwas anderes behauptet, ist ein ganz, ganz schlimmer Schwurbler und Nazi!*

13. **Kampagne der Spalter**
In den Medien tobt die schärfste Antisemitismusdebatte der letzten Jahre und im Zentrum dieser Debatte steht „Die Linke". Auslöser war ein Antrag, den eine Zweidrittelmehrheit der Delegierten auf dem Landesparteitag in Niedersachsen gegen „den real existierenden Zionismus" verabschiedet hatte. Darin wurden die Verbrechen der israelischen Regierung im Gazastreifen verurteilt.
Seitdem steht die politische Klasse Kopf. „Die Linke" biete dem Judenhass ein Zuhause, behauptete der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. Die CSU unkte, die Partei zeige nun „ihr antisemitisches Gesicht". Und der niedersächsische Verfassungsschutz erklärte öffentlich, er habe die Beschlüsse zur Kenntnis genommen. Kritik hagelte es auch aus den eigenen Reihen.
Quelle: unsere zeit
14. **SPD stürzt auf Rekordtief ab – Klingbeil und Bas im freien Fall**
Abgestürzt auf zwölf Prozent: Die SPD steht im Deutschlandtrend so schlecht da wie bei ihrem Rekordtief 2019. Ihre Arbeit kommt nur noch bei einer Minderheit der eigenen Anhänger gut an. Stark büßen auch ihre Parteichefs an Ansehen ein.
Die Zufriedenheit mit der von Kanzler Friedrich Merz (CDU) geführten Bundesregierung sinkt auf ein Rekordtief seit deren Amtsantritt im Mai 2025: Im

repräsentativen Deutschlandtrend für April äußern sich nur noch 15 Prozent der Bürger mit der Arbeit von Schwarz-Rot „zufrieden“, ein Minus von neun Punkten im Vergleich zum Vormonat. Demnach sind null Prozent „sehr zufrieden“. Die Unzufriedenheit hingegen wächst stark: 84 Prozent sind „weniger“ oder „gar nicht“ zufrieden mit der Regierungsarbeit – ein Zuwachs von elf Punkten.
Dieser tiefe Missmut schlägt sich in der Erhebung von Infratest Dimap im Auftrag von ARD-„Tagesthemen“ und WELT auch in der Bewertung nach Parteianhängern nieder:
Quelle 1: Welt Online
Quelle 2: tagesschau

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das sind absolut unterirdische Werte für die Regierung insgesamt (gerade mal 15 Prozent Zustimmung, aber 84 Prozent unzufrieden), für die Parteien und insbesondere für deren führende Köpfe. Mit dem Bundeskanzler zufrieden sind nur 21 Prozent, unzufrieden 76 Prozent. (Zum Vergleich: Donald Trumps hat für den Irankrieg und seine Wirtschaftspolitik, die zu stark steigenden Lebenshaltungskosten führt, in den USA extrem schlechte Umfragewerte mit nur 31 Prozent Zufriedenheit. Friedrich Merz unterbietet diesen schlechten Wert deutlich.) Auf welcher demokratischen Basis arbeitet die deutsche Bundesregierung eigentlich? Und sie sollte sich mal die Zustimmungswerte zu den geplanten weiteren Verschlechterungen der Situation der meisten Menschen (“Reformen”) anschauen: die Abschaffung des Ehegattensplittings oder der kostenfreien Mitversicherung finden nicht einmal ein Drittel gut, höhere Zuzahlungen im Gesundheitswesen 20 Prozent und eine Mehrwertsteuererhöhung 6 Prozent. Wenn die Regierung ihre Zustimmung in den einstelligen Prozentbereich drücken will, nur zu.*

15. **Zu guter Letzt: Menschenrechtlicher Fortschritt in Israel: Palästinenser erhalten künftig Todesurteil, bevor sie umgebracht werden**
Jerusalem (dpo) – Israel verbessert seine Menschenrechtslage: Ein am Montag verabschiedetes Gesetz sieht die Wiedereinführung einer Todesstrafe vor, die faktisch nur Palästinenser betrifft. Beobachter loben den Schritt: Erstmals erhalten Palästinenser ein offizielles Todesurteil, bevor sie wie gewohnt vom israelischen Staat umgebracht werden.
Quelle: Der Postillon